

Fuldaer Zeitung

Gegründet 1874

Ausgabe vom 28. Mai 2021

Das permanente Fiebermessen

Dirk Metz

beleuchtet die Folgen von beinahe alltäglichen Sonntagsfragen, die die Politik schwindelig spielen.

Von Konrad Adenauer, dem ersten deutschen Bundeskanzler, ist überliefert, dass er seinem Regierungssprecher Felix von Eckardt, als dieser ihn mit unerfreulichen Umfrageergebnis konfrontierte, entgegenhielt: „Da haben Sie aber noch viel Arbeit vor sich.“ Seitdem hat sich die Zahl der Meinungsforschungsinstitute deutlich erhöht, es gibt ein beinahe permanentes „Fiebermessen“. Und kein Zweifel, die Politik läuft unter dem Brennglas ständiger Umfragen Gefahr, sich schwindelig spielen zu lassen und der Versuchung zu erliegen, sich nur noch nach der Demoskopie auszurichten. Bei der Auseinandersetzung um die Unions-Kanzlerkandidatur zwischen Armin Laschet und Markus Söder blitzte diese Haltung auf, als der sachsen-anhaltinische Ministerpräsident Rainer Haseloff die Entscheidung an positive Umfragezahlen Söders geknüpft sehen wollte – mit dem bemerkenswerten Satz: „Es geht nicht um persönliche Sympathie, Vertrauen oder Charaktereigenschaften.“

Natürlich hat der Absturz in den Meinungsumfragen die Unionsparteien nervös gemacht, die Mitglieder und erst recht viele Bundestagskandidaten, die beinahe täglich berechnen oder berechnen lassen, wie sich die demoskopische Entwicklung auf die Wahrscheinlichkeit auswirkt, den Wahlkreis zu gewinnen. Bei der SPD gehört diese Rechenakrobatik schon länger zum Alltag, mit rund 15 Prozent



Der Gastautor, Staatssekretär a.D. Dirk Metz (64), ist Gründer, Inhaber und Geschäftsführer einer Agentur für Krisenkommunikation und PR.

lassen sich nicht mehr viele Wahlkreise gewinnen. Und laut Wahl-Experten droht bei schlechten Umfragezahlen die Gefahr einer „self-fulfilling prophecy“, also eine Vorhersage, die ihre Erfüllung selbst bewirkt. Parteien laufen dann Gefahr, nicht mehr aus dem Teufelskreis der Umfragen herauszukommen – und Fachleute unterstellen Wählerinnen und Wählern zudem, nicht nur nach Personen und Themen zu entscheiden, sondern vielleicht auch auf der Seite der prognostizierten Gewinner sein zu wollen. Union und SPD müssen also auf eine Trendwende hoffen, während die Grünen einerseits vor dem inhaltlichen Härtesten stehen und andererseits mit Sorge betrachten, ob ihnen nach Annalena Baerbocks Fehltritt der „Martin-Schulz-Effekt“ von vor vier Jahren droht.

Der Begriff der „Momentaufnahme,

me, gerne „nur“ als Abwehrschild gegen unerfreuliche Zahlen benutzt, war allerdings selten so gerechtfertigt wie heute. Denn nie – und keineswegs erst seit Ausbruch der Corona-Pandemie – war die Wählerschaft in Deutschland so schwankend, unsicher und so wechselwillig wie heute. Die Zahl der Stammwähler, also derer, die bei jeder Wahl treu und brav an derselben Stelle ihr Kreuz machen, ist – nicht zuletzt als Folge der abnehmenden Bindekraft großer Organisationen wie der Kirchen und der Gewerkschaften – auf einem Tiefststand. Auch die Tatsache, dass es in den 16 Bundesländern zwölf verschiedene Regierungsbündnisse gibt und fast jede Partei mit jeder anderen irgendwo koalitiert, hat die Zahl der Wechselwähler steigen lassen. Die zunehmende Bedeutung der Spitzenkandidaten tut ein Übriges. In Baden-Württemberg haben bei der jüngsten Landtagswahl sicher Hunderttausende wegen Winfried Kretschmann die Grünen gewählt, die davon vor 20 oder 30 Jahren nicht mal geträumt hätten.

Wie einfach hätte es die Wählerschaft dagegen vor 20 Jahren gehabt, als der legendäre Manager des FC Schalke 04, Rudi Assauer, mit Blick auf Franz Beckenbauer erklärte: „Er könnte 14 Tage vor der Wahl eine Partei gründen und würde dann Bundeskanzler.“ Rudi Assauer ist verstorben, Schalke 04 steigt leider ab, der „Kaiser“ hat sich zurückgezogen – und der Wahlausgang ist völlig offen.